View metadata, citation and similar papers at core.ac.uk
brought to you by CORE
provided by Archive of European Integration

Newsletter für Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Verbraucherpolitik
der Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz

Health & Consumer Voice

Juli 2006

Leitartikel

EU-Kommission ergreift Maßnahmen zur Verringerung von Unfällen und Verletzungen 1

Topthemen

Tabakwerbung in Deutschland: Kommission ruft Europäischen Gerichtshof an 2

Lebensmittelsicherheit: Neuer Jahresbericht der EU Kommission über das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel 2-3

EU Kommission unterstreicht Europas Engagement für die Bekämpfung des Drogenhandels und die Unterstützung Drogenabhängiger 3

Neues zur Vogelgrippe 4

In Kürze

EU Kommission präsentiert neue Tools für Verbraucherbildung 2

Finnische Prioritäten für Gesundheit und Verbraucherschutz 2

Online-Magazin über Lebensmittelhygiene 3

Öffentliche Anhörungen

4

Veranstaltungen

4

Am 29. Juni wurde die neue Website DOLCETA (Development of On-Line Consumer Education Tools for Adults) vorgestellt, die nützliche Informationen über Verbraucherrechte und Finanzdienstleistungen enthält.

http://portal.dolceta.net

Weitere Informationen auf Seite 2 ...

EU Kommission ergreift Maßnahmen zur Verringerung von Unfällen und Verletzungen

Am 23. Juni hat die Europäische Kommission eine Mitteilung und einen Aktionsplan zur Verringerung von Unfällen und Verletzungen angenommen, welche mit ca. 235 000 Todesfällen jährlich die vierthäufigste Todesursache in der EU darstellen.

Unfälle und Verletzungen sind für fast 7 Millionen Krankenhauseinweisungen und 20 % der Fehlzeiten am Arbeitsplatz verantwortlich. Sie sind ferner Haupttodesursache bei Kindern und Jugendlichen. Europaweit sind große Unterschiede in Bezug auf die Zahl und Art der Unfälle festzustellen. Die Statistiken zeigen, dass das Risiko eines Unfalltodes in Litauen fünf Mal so hoch ist wie in den Niederlanden. Der Aktionsplan legt den Schwerpunkt vor allem auf die Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen, auf besonders gefährdete Straßenverkehrsteilnehmer (z. B. Radfahrer) sowie auf die Verhütung von Sportunfällen, Selbstbeschädigung und zwischenmenschlicher Gewalt (häusliche Gewalt, Überfälle usw.).

In diesem Zusammenhang wird eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die vom EU Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit unterstützt werden sollen, z. B.:

- Aufbau eines EU Informationssystems für Verletzungen, das dazu beiträgt, die Größenordnung des Problems, Risikogruppen und Risikofaktoren zu ermitteln;
- Förderung des Austauschs von *Best Practice* zwischen verschiedenen Ländern und verschiedenen Bereichen;
- Errichtung eines EU Stakeholder-Netzes, einschließlich nationaler Behörden und Verbrauchergruppen;
- Schulung von Beschäftigten des Gesundheitswesens zu Fragen der Sicherheit;
- Informationskampagnen zur Sensibilisierung für bestimmte Risiken und den Nutzen von Sicherheitsmaßnahmen.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/environment/IPP/ipp_de.htm

ISSN 1725-5481

In Kürze

EU Kommission präsentiert neue Tools für Verbraucherbildung

Am 29. Juni stellte der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar Markos Kyprianou auf einem Workshop in Brüssel drei Tools für Verbraucherbildung vor. Dabei handelt es sich insbesondere um ein neues Internet-Portal mit der Bezeichnung „Dolceta“ (Development of On-Line Consumer Education Tools for Adults), das den EU Bürgern nützliche Informationen über ihre Rechte als Verbraucher sowie zu Fragen der Finanzdienstleistungen bietet *(http://portal.dolceta.net)*.

Der EU-Kommissar stellte ferner die Ausgabe 2006/2007 des erfolgreichen Europa-Taschenkalenders für junge Verbraucher vor. Hierbei handelt es sich um eine EU weite Veröffentlichung, die sich an Schüler zwischen 15 und 18 Jahren richtet und speziell auf sie zugeschnittene Informationen zu Themen wie Rauchen, Ernährung und Verbraucherrechte enthält *(http://ec.europa.eu/consumers/cons_info/consumer_diary_en.htm)*.

Der Kommissar gab außerdem einen Überblick über ein weiteres Projekt zur Verbraucherbildung: EU finanzierte Schulungskurse für Mitarbeiter der Verbraucherorganisationen. An diesen Kursen, die sich mit Management, Lobbying und Verbrauchervorschriften befassen, kann das Personal von Verbraucherverbänden der 25 Mitgliedstaaten sowie Bulgariens und Rumäniens teilnehmen *(http://ec.europa.eu/consumers/cons_org/associations/train_proj/index_en.htm)*.

Finnische Prioritäten für Gesundheit und Verbraucherschutz

Finnland übernahm am 1. Juli den Vorsitz des Europäischen Rates und stellte eine ehrgeizige Liste mit Prioritäten für den Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz in den kommenden sechs Monaten vor.

„Gesundheit in allen Politikbereichen“ – so lautet das Motto der Präsidentschaft für das Gesundheitswesen. Eine Konferenz zu demselben Thema findet am 20./21. September in Kuopio (Finnland) statt. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf den Aspekt der „Gesundheit in der Arbeitswelt“ gelegt.

Die Präsidentschaft will ferner Fortschritte auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit, der Pandemie-Bereitschaftsplanung und der Verhütung von Verletzungen sowie bei den Aktionsprogrammen für öffentliche Gesundheit und Verbraucherschutz 2007-2013 erzielen.

Beim Verbraucherschutz will die Präsidentschaft folgende Dossiers voranbringen: verbraucherpolitische Strategie, gemeinsamer Referenzrahmen und europäisches Vertragsrecht, Verbraucherkredit-Richtlinie, Überarbeitung der Timesharing-Richtlinie und die Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz.

Weitere Informationen: http://www.eu2006.fi

Tabakwerbung in Deutschland: Kommission ruft Europäischen Gerichtshof an

Die Europäische Kommission hat am 28. Juni beschlossen, den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anzurufen, weil Deutschland die Richtlinie 2003/33/EG zur Tabakwerbung nicht umgesetzt hat.

Damit wird die dritte Phase des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland eingeleitet – nach einem „Aufforderungsschreiben“ der Kommission vom 12. Oktober 2005 und einer „mit Gründen versehenen Stellungnahme“ vom 7. Februar 2006.

Die Richtlinie über Tabakwerbung

Die Richtlinie 2003/33/EG verbietet Tabakwerbung in den Printmedien, im Rundfunk und im Internet. Ferner untersagt sie das Sponsoring von Veranstaltungen und anderen Aktivitäten mit länderübergreifender Tragweite, z. B. Formel 1-Rennen, durch die Tabakindustrie. Die Richtlinie betrifft also nur Werbung und Sponsoring, die sich über die Grenzen hinweg auswirken, während Werbung in Kinos sowie auf Anzeigentafeln oder Werbeartikeln (z. B. Aschenbecher oder Sonnenschirme) ausgeschlossen ist. Letztere kann jedoch durch nationale Vorschriften verboten werden. Tabakwerbung im Fernsehen ist bereits seit Beginn der 90er-Jahre verboten; sie unterliegt der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“.

Die Richtlinie über Tabakwerbung wurde im Jahr 2003 verabschiedet und war bis zum 31. Juli 2005 in einzelstaatliches Recht umzusetzen.

Andere Fälle

Die Kommission hat auch Luxemburg am 7. Februar 2006 eine „mit Gründen versehene Stellungnahme“ wegen Nichtumsetzung der Richtlinie übermittelt. Allerdings kündigte Luxemburg an, die Richtlinie über die Tabakwerbung bis Juli 2006 umsetzen zu wollen. Die Kommission begrüßt dieses Vorhaben und wird die ordnungsgemäße Durchführung innerhalb des festgelegten Zeitraums aufmerksam verfolgen.

Im April 2006 sandte die Kommission auch der Tschechischen Republik, Italien, Ungarn und Spanien „Aufforderungsschreiben“ wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung zu, da diese Staaten Ausnahmen vom Sponsoringverbot, einem der Kernaspekte der Richtlinie, zulassen.

Weitere Informationen:
http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/Tobacco/tobacco_de.htm

Lebensmittelsicherheit: Neuer Jahresbericht der EU Kommission über das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel

Im Jahr 2005 meldeten die EU Mitgliedstaaten 22 % mehr Gefährdungen der Lebensmittelsicherheit als im Vorjahr – dies ist eines der Ergebnisse des Jahresberichts über das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (*Rapid Alert System for Food and Feed, RASFF*), der am 30. Juni von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde.

Über das RASFF-System können die Mitgliedstaaten und die Kommission rasch Informationen über Gefährdungen im Zusammenhang mit Lebens- und Futtermitteln austauschen.

Die Zunahme der Gefahrenmeldungen dürfte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein: mehr vorsorgliche Meldungen von Mitgliedstaaten, verbesserte Kontrollen und Zunahme der Lebensmittelimporte (und damit auch der Grenzkontrollen).

Insgesamt gingen letztes Jahr im Rahmen des RASFF 3 158 Meldungen ein, 2004 lag die Zahl noch bei 2 588. Ursachen der ermittelten Gefährdungen waren

u. a. Salmonellen, E. coli und unerlaubte Stoffe (z. B. Farbstoffe).

Meldungen

„Warnmeldungen“ werden verschickt, wenn die Erzeugnisse bereits auf dem Markt sind. Im Jahr 2005 waren dies 956 Meldungen. Die Mehrzahl bezog sich auf Erzeugnisse aus der EU; am häufigsten waren die Produktgruppen Fisch (20 %), Fleisch (18 %) sowie Kräuter und Gewürze (11 %) vertreten.

„Informationsmeldungen“ werden versandt, wenn eine Gefährdung festgestellt wurde, das Produkt jedoch noch nicht den gesamten Markt erreicht haben, z. B. wenn Lieferungen an der Grenze aufgehalten wurden. 2005 waren dies 2 202 Informationsmeldungen. Die meisten (78 %) betrafen Produkte aus Drittländern, zu mehr als einem Drittel Nüsse und Nusserzeugnisse.

Zusammenarbeit mit Drittländern

Das RASFF-System kooperiert mit Drittländern, um diese bei der Erfüllung der EU Normen zu unterstützen und ihren Erzeugnissen die Vermarktung in der EU zu ermöglichen. Wird angenommen, dass von einem Importprodukt eine Gefahr ausgeht, so wird im Rahmen des RASFF das Herkunftsland benachrichtigt.

Im Jahr 2005 wurden 2 188 Informationsmeldungen an Drittländer weitergeleitet. In besonders schwerwiegenden Fällen gingen offizielle Schreiben an die zuständigen Behörden, in denen diese aufgefordert wurden, geeignete Folgemaßnahmen zu ergreifen, z. B. Entzug von Genehmigungen, Aussetzung der Ausfuhren oder Verstärkung der Kontrollen.

Weitere Informationen:
http://europa.eu.int/comm/food/food/rapidalert/index_en.htm

In Kürze

Online-Magazin über Lebensmittelhygiene

Die EU-Kommission (Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz) hat ein Online-Magazin veröffentlicht, in dem die neuen Vorschriften für Lebensmittelhygiene erläutert werden.

Am 1. Januar 2006 sind neue Rechtsvorschriften in Kraft getreten, mit denen ein hohes Verbraucherschutzniveau an allen Punkten der Lebensmittelkette gewährleistet werden soll. Mit diesen Vorschriften werden 14 verschiedene Richtlinien über Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Kontrollen zusammengeführt. Der neue Ansatz soll zur Klärung und Vereinfachung der Situation beitragen und gleichzeitig eine hohe Sicherheit für die öffentliche Gesundheit gewährleisten.

Das Magazin ist in 20 Sprachen verfügbar unter: *http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/hygienelegislation/dvd/index.html.*

Interessenten können ferner ein kostenloses Exemplar anfordern unter: *http://ec.europa.eu/food/dyna/hygiene_safety/index_en.cfm.*

Verbände und andere Vereinigungen, die die CD an ihre Mitglieder verteilen möchten, können uns unter folgender E Mail-Adresse erreichen: *sanco-news@ec.europa.eu*

EU Kommission unterstreicht Europas Engagement für die Bekämpfung des Drogenhandels und die Unterstützung Drogenabhängiger

Anlässlich des Internationalen Tags der Vereinten Nationen gegen Drogenmissbrauch und Drogenhandel am 26. Juni betonte die EU Kommission ihr Engagement für die Bekämpfung des Drogenkonsums und stellte Maßnahmen zur Unterstützung Drogenabhängiger vor.

In der EU sterben jährlich mindestens 8 000 Menschen, hauptsächlich junge Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, an einer Überdosis Drogen. Schätzungen zufolge liegt die tatsächliche Zahl der drogenbedingten Todesfälle bei 24 000, da nicht alle Todesfälle durch Überdosis gemeldet werden und Todesfälle aufgrund von Aids, Gewalttaten, Unfällen und Selbstmord nur indirekt drogenbedingt sind.

Die Drogenprävention und Nachfragereduzierung sind ein wichtiger Teil des EU Programms für öffentliche Gesundheit 2003-2008. In den ersten zwei Programmjahren wurden mehr als 4,1 Mio. Euro für drogenbezogene Projekte aufgewendet. Vorrangig gefördert wurden Schadensbegrenzungsprojekte, gemeinsame Präventivprogramme und *Best Practice* bei der Drogenbehandlung und der gesellschaftlichen Wiedereingliederung. Die EU Kommission wird derartige Projekte auch weiterhin im Rahmen des neuen Aktionsprogramms im Bereich der öffentlichen Gesundheit 2007-2013 unterstützen.

„Die Verringerung des Drogenangebots und der Nachfrage sind zwei Seiten der gleichen Medaille, und Prävention und Schadensbegrenzung sind dabei von entscheidender Bedeutung.“

Markos Kyprianou, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz

Statistik zum Drogenmissbrauch

- 3 bis 3,5 Millionen Menschen in der EU haben im Jahr 2005 Kokain probiert; 1,5 Millionen sind regelmäßige Kokain-Konsumenten;
- 12 Millionen Menschen nehmen Cannabis, davon drei Millionen regelmäßig;
- Ecstasy wird nach Cannabis am zweithäufigsten konsumiert;
- nach Angaben der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) nehmen in einigen Mitgliedstaaten bis zu 8 % der jungen Menschen regelmäßig Ecstasy.

Weitere Informationen:
http://ec.europa.eu/comm/external_relations/drugs/index.htm

Öffentliche Anhörungen

Organspenden: EU-Kommission veranstaltet öffentliche Anhörung

Die Europäische Kommission hat am 27. Juni eine öffentliche Anhörung eingeleitet, um die größten Probleme im Bereich der Organspenden und transplantationen zu ermitteln und festzustellen, wie die EU zur Lösung dieser Probleme beitragen kann.

In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der gespendeten Organe und durchgeführten Transplantationen in der EU kontinuierlich gestiegen. Die Knappheit an Organspendern, der Organhandel sowie uneinheitliche Qualitäts- und Sicherheitsstandards zählen jedoch zu den Hindernissen, die weiteren Fortschritten in diesem medizinischen Bereich entgegenstehen.

Organtransplantationen sind manchmal das einzige Mittel bei unheilbaren Nieren-, Leber-, Lungen- und Herzerkrankungen. Allerdings stellt die Knappheit an gespendeten Organen ein ernstes Problem dar. Fast zehn Menschen sterben täglich in Europa, während sie auf ein Organ warten. Gegenwärtig sind in Europa rund 40 000 Patienten auf Wartelisten eingetragen.

In den europäischen Ländern bestehen große Disparitäten hinsichtlich der Zahl der Organspender, die von 34,6 Spendern pro Mio. Einwohner in Spanien bis 13,8 im Vereinigten Königreich, 6 in Griechenland und 0,5 in Rumänien reichen. Nur selten werden Organe zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauscht, und auch die nationalen Vorschriften für Sicherheits- und Qualitätsverfahren sind recht unterschiedlich. Außerdem begünstigt die Knappheit legaler Spenden den Handel mit menschlichen Organen, was sowohl ethische als auch gesundheitliche Probleme mit sich bringt.

Die Anhörung läuft bis zum 15. September. Das Konsultationspapier ist online zugänglich unter:

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/human_substance/organs_de.htm

EU Kommission bittet um Stellungnahmen zu der Richtlinie über Preisangaben

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 22. Juni eine Mitteilung, in der sie um Kommentare zur Umsetzung der Richtlinie über Preisangaben (1998/6/EG) in den Mitgliedstaaten bat.

Alle interessierten Kreise wurden aufgefordert, der Kommission ihre Antworten bis zum 1. September 2006 zu übermitteln.

Gemäß der aus dem Jahr 1998 stammenden Richtlinie über Preisangaben müssen die Händler auf allen den Verbrauchern angebotenen Produkten sowohl den Verkaufspreis als auch den Preis je Maßeinheit (z. B. Liter, Kilogramm, Meter, Quadratmeter) angeben. Dadurch soll der Preisvergleich erleichtert und die Verbraucherinformation verbessert werden.

Alle Mitgliedstaaten haben nationale Gesetze zur Umsetzung der Richtlinie erlassen. Gleichwohl bestehen in einigen Bereichen beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Die Kommission beabsichtigt, die Auswirkungen dieser Unterschiede auf das Funktionieren des Binnenmarktes eingehender zu untersuchen.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/consumers/cons_info/campaigns_de.htm

VERANSTALTUNGEN

6./7. September: *Konferenz zum Thema „Drogenpolitik", Turku, Finnland*

20./21. September: *Konferenz zum Thema „Gesundheit in allen Politikbereichen", Kuopio, Finnland*

Neues zur Vogelgrippe:

7. Juli: Bei einer Wildente im Baskenland (Spanien) bestätigt sich der Vogelgrippeverdacht.

4. Juli: Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit spricht sich für eine Verlängerung folgender Schutzmaßnahmen und Einfuhrverbote aus:

- **Einfuhrverbot:** Der Ständige Ausschuss plädiert dafür, das Einfuhrverbot für lebende, in Gefangenschaft gehaltene Vögel und die Verbringungsbeschränkungen für Ziervögel, die aus Drittländern in die EU eingeführt werden, bis zum 31. Dezember 2006 zu verlängern.
- **Der niederländische Impfplan:** Die Mitgliedstaaten verständigen sich auf die Verlängerung des niederländischen Impfschutzprogramms, das im Februar angenommen worden war.
- **Verlängerung der ungarischen Maßnahmen:** Angesichts weiterer Fälle der hoch ansteckenden Vogelgrippe bei Hausgeflügel in Südungarn stimmt der Ständige Ausschuss für eine Verlängerung der bereits geltenden Präventions- und Kontrollmaßnahmen bis zum 31. August 2006.
- **Einfuhrbeschränkungen für drei asiatische Länder, die Türkei und Kroatien:** Die Einfuhrbeschränkungen für Geflügelerzeugnisse aus China, Malaysia und Thailand werden bis zum 31. Dezember 2007 in Kraft bleiben. Auch die für türkische Einfuhren geltenden Beschränkungen werden bis zum 31. Dezember 2006 verlängert.

  Was Kroatien betrifft, so werden im Falle der Feststellung eines Vogelgrippeausbruchs bei Wildvögeln die Einfuhrbeschränkungen nur für diejenigen Gebiete gelten, für welche die kroatischen Behörden selbst Beschränkungen anwenden. Dies entspricht der Entscheidung, die im Mai für die Schweiz getroffen worden war.
- **Unbehandelte Federn:** Das EU Verbot der Einfuhr unbehandelter Federn aus allen Drittländern wird ebenfalls bis zum 31. Dezember 2006 verlängert.

Weitere Informationen:
http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/controlmeasures/avian/index_en.htm

Die in *Health & Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder.

© Europäische Gemeinschaft, 2006. Die Wiedergabe von Beiträgen (außer Fotos) ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

Koordination: Marie-Paule Benassi
Redaktion: Melanie Dunn, Fabio Fabbi in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.
Layout: Deborah MacRate-Ockerman,
E-Mail: sanco-newsletter@ec.europa.eu
http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/index_de.htm

Printed by OIB